



Grünliberale Partei Schweiz

## Medienmitteilung

<b>Thema</b>	<b>Grünliberale Delegierte nehmen die Ökoliberalen aus Schaffhausen als Mitglied im Beobachterstatus auf</b>
Für Rückfragen	Martin Bäumle, Nationalrat und Parteipräsident, +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, E-Mail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	5. Mai 2012

### Delegiertenversammlung in Chur (GR)

**Die Grünliberalen fassen an der Delegiertenversammlung in Chur die Parolen für die Juni-Abstimmungen. Das oberste Parteiorgan spricht sich gegen die AUNS- und die Bauspar-Initiative aus und befürwortet die Managed-Care-Vorlage. Ebenso verabschieden die Delegierten ein Positionspapier zum Thema Elektromobilität. Auf Antrag der Ökoliberalen Bewegung Schaffhausen haben die Grünliberalen die Sektion als Mitglied im Beobachterstatus aufgenommen.**

Nach einer Willkommensrede des kantonalen glp Präsidenten und Kantonsrat Jürg Kappeler begrüsst Martin Bäumle, nationaler Parteipräsident die Delegierten zur Delegiertenversammlung (DV) in Chur. Weil die Delegierten zu Gast im Kanton Graubünden sind, blickt er zurück auf die Abstimmung der Zweitwohnungsinitiative. Das nach der Abstimmung eingesetzt Lamento einiger Parteien können die Grünliberalen nicht nachvollziehen. Sie werden den Volkswillen akzeptieren und umsetzen, auch wenn eine Abstimmung verloren gegangen ist. Dass das Volk einer derart strengen und wenig föderalen Regelung zugestimmt hat, sollte nun jedem Politiker und Politikerin in Bern klar gemacht haben, dass Schweizerinnen und Schweizer genug haben von der starken Zersiedelung des Landes und endlich Lösungen gefragt sind.

Auch verliert der Parteipräsident einige Wort zu der vom Bundesrat präsentierten zaghaften Energiestrategie 2050, die einmal mehr klar macht, dass die Energiewende machbar und möglich ist. Aber sie kostet etwas. Der Bundesrat spricht in seiner Präsentation von CHF 30 Milliarden Mehrkosten, rechnet dort aber die Kosten für den ohnehin notwendigen und teuren Netzausbau noch nicht ein. Er rechnet auch die indirekten Subventionen an die Kernkraftwerke für die eigentlichen Risikokosten nicht ein, welche gestützt auf Studien mit 60 bis 360 Milliarden ein Vielfaches der 30 Mrd. für den Weg über Erneuerbare betragen und damit eine indirekte Subventionierung der Kernenergie von 15 bis 30 Rappen pro kWh betragen. die Bevölkerung zu tragen hat.

Die Grünliberalen sind überzeugt, dass ein Weg zu Energiewende über eine ökologische Steuerreform gehen wird, wie unsere „Energie- statt Mehrwertsteuer“, die mit einem zielführenden Ansatz marktwirtschaftliche Anreize schafft. Martin Bäumle ruft die Delegierten dazu auf, auf die Strasse zu gehen und die notwendigen Unterschriften zusammenzutragen, nicht zuletzt auch, um der Initiativ- und Referendumsfähigkeit der glp unter Beweis zu stellen.

Die Delegierten der glp Schweiz fassten in Chur folgende Parolen:

- **NEIN zur Initiative «Eigene vier Wände dank Bausparen»**  
Die Delegierten fassen mit 88 gegen 11 Stimmen und 1 Enthaltung die NEIN-Parole.

Die Wohneigentumsbesteuerung ist seit vielen Jahren ein Zankapfel der Politik. Nach der Bauspar-Initiative steigt der Hauseigentümerverband nur 3 Monate nach der ersten klaren Abfuhr durch das Volk mit seiner Zwillingsinitiativen in eine zweite Runde. Die inhaltlichen Forderungen sind noch härter formuliert als zuvor und sagen etwas aus zum Demokratieverständnis der Initianten. Bei dieser Initiative soll der erstmalige Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum durch Bausparen steuerlich gefördert werden. Diskussionslos lehnen die Grünliberalen Partei Schweiz lehnen diese Vorlage mit 88: 11 Stimmen deutlich ab, da dem Verfassungsauftrag zur Wohneigentumsförderung bereits gebührend Rechnung getragen wird. Zudem benachteiligt die Initiative Personen mit tiefen und mittleren Einkommen, die wenig oder gar nicht von diesem zusätzlichen steuerlichen Privileg profitieren könnten.

- **NEIN zur Initiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk)»**  
Die Delegierten fassen mit 98 und 2 Enthaltung die NEIN-Parole.

Die AUNS-Initiative will das obligatorische Referendum für alle wichtigen Staatsverträge ausweiten. Volk und Stände sollen künftig über jeden Staatsvertrag, der wichtige Bereiche betrifft, abstimmen – ungeschaut, ob ein Staatsvertrag umstritten ist oder nicht. Die Grünliberalen lehnen die ab, weil

- die Verhandlungsposition der Schweiz dadurch geschwächt würde, wenn jeder Vertrag vors Volk und damit zum Spielball der Parteienpolitik würde,
- Schweizerinnen und Schweizer bereits heute über gute Mitwirkungsrechte in der Aussenpolitik verfügen.
- damit nur unnötige, teure und eine das Volk müde machende Abstimmungsflut einsetzen würde und
- weil die Motivation dieser Initiative in der Abschottung unseres Landes zu suchen ist und damit völlig quer zur heutigen Realität der Wirtschaft steht.

- **JA zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Managed Care)**

Die Delegierten fassen mit 59 gegen 35 Stimmen und 11 Enthaltung die JA-Parole.

Die Delegierten stimmen dieser Vorlage zu und erhoffen sich dadurch, dass durch die integrierte Versorgung, die heutige hohe Qualität im Gesundheitswesen sichert, die medizinische Versorgung weiter verbessert und das Kostenwachstum gebremst werden kann. Elemente und Instrumente, die für ein gutes Funktionieren und Effizienz der integrierten Versorgungsnetze bedingen (z.B. die Budgetmitverantwortung der Leistungserbringer) werden neu im Gesetz verankert. Mit dem Risikoausgleich können heutige Mängel z.B. zulasten chronisch kranker Patienten reduziert werden. Die Vorlage legt den gesetzlichen Rahmen fest, damit Krankenversicherer und Leistungserbringer innovative Modelle und Lösungen entwickeln können und Patient/-innen angeregt werden, um zu partizipieren.

#### **Ökoliberale Bewegung Schaffhausen (ÖBS) ist neues Mitglied im Beobachterstatus**

Die ÖBS wurde 1990 aus der Fusion des Umweltforums Schaffhausen und der Jungliberalen Bewegung Schaffhausen gegründet. Seit 1996 ist die ÖBS Mitglied der Grünen Partei Schweiz. In den Beobachterstatus bei den Grünen traten die Vertreter der ÖBS 2 Jahre früher – unter der damaligen Parteipräsidentin Verena Diener. Heute weist die ÖBS einen Wähleranteil von rund 10% und hat 5 Kantonsrät/-innen und etliche lokale Parlamentarier/-innen. Die Mitgliedschaft bei den Grünen bleibt zurzeit bestehen. Der Beobachterstatus bei den Grünliberalen gilt für 1 Jahr, danach werden sich beide Seiten für oder gegen eine Vollmitgliedschaft entscheiden.

#### **Positionspapier „Elektromobilität“ verabschiedet**

Aus Sicht der Grünliberalen hat die Schweiz beim Thema Elektromobilität Nachholbedarf, obwohl unser Land aufgrund der Kleinräumigkeit, der ÖV-Dichte und den Qualitäten als Forschungs- und Industriezulieferstandort optimale Marktführereigenschaften vorweist. Diese Vorteile weiss die Schweiz heute zu wenig zu nutzen, was daran liegen könnte, dass keine Gesamtstrategie für diesen spezifischen Bereich vorliegt.

Es ist davon auszugehen, dass die Mobilität weiter zunehmen wird und damit ohne Massnahmen auch der Ressourcenverbrauch. Deshalb wird der Umbau des Verkehrssystems eine dringende Notwendigkeit. Die Vorteile der Elektromobilität liegen auf der Hand:

- Effizienzgewinn gegenüber (heutigem) Verbrennungsmotor
- Keine (lokalen) Emissionen und weniger Lärm
- Möglichkeit für Betrieb mit erneuerbaren Energien
- Gute Ökobilanz mit erneuerbarem Strom
- Ideal für kombinierten Verkehr / neue Geschäftsmodelle
- Verringerung Auslandabhängigkeit und Geldabfluss
- Stärkung Forschung und Industrie

Der Handlungsbedarf ist klar gegeben, weshalb die Grünliberalen auf folgenden Punkten Druck aufsetzen wollen, damit:

- eine nationale Strategie erarbeitet wird
- Rahmenbedingungen aktiv gestaltet werden
- Umsetzungsprogramm für Elektromobilität erarbeitet werden,
- Bonus-Malus-System für Neukäufe
- Eine Steuerreform, die die Basis dieses Umbau darstellt (siehe glp Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“)